



KLOER, NO & GERECHT.

**MIR HUNN
E PLANG
fir Lëtzebuerg.**



E PLANG FIR LËTZEBUERG

Gerecht – Innovativ – Effikass

Auszüge aus dem Wahlprogramm 2018 (Teil 3)

1) BESTEUERUNG DER UNTERNEHMEN: UNSER ZIEL IST MEHR KOMPETITIVITÄT

Das Land braucht ein günstiges steuerliches Umfeld für Unternehmen. Unternehmen brauchen Entwicklungsperspektiven und vereinfachte bürokratische Wege, um erfolgreich wachsen und Arbeitsplätze schaffen zu können.

- Die CSV wird das Regelwerk der Besteuerung modernisieren, um durch eine langfristige Steuerstrategie eine Senkung des sogenannten „Taux d'affichage“ zu erreichen.
- Die CSV strebt in mehreren Etappen eine Verringerung der gesamten Steuerbelastung der Betriebe in Richtung 20 Prozent bei gleichzeitiger Verbreiterung der Berechnungsgrundlage an. Dies, um im internationalen und europäischen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben. Der aktuelle europäische Durchschnitt der betrieblichen Steuerlast liegt bei 21 Prozent.
- Die CSV wird einen Aktionsplan zur Modernisierung und Vereinfachung der Steuergesetzgebung ausarbeiten.
- Die CSV wird sich weiter darum bemühen, ein performantes Daten-Management-System einzurichten, um einen verbesserten Kampf gegen Steuerhinterziehung zu erlauben. Die Betrugskontrollen werden optimiert.
- Die CSV legt einen strategischen Aktionsplan mit IT-Lösungen vor, der die Steuerverwaltung in das 21. Jahrhundert führen und eine Automatisierung der Steuererklärungen und der Erhebung der Steuern erlauben soll.
- Ein transparenter Dialog zwischen Verwaltungen bzw. Finanzministerium und Unternehmen wird wiederhergestellt.
- Sogenannte „Steuerrulings“ sollen auf ein Minimum beschränkt und keinesfalls zur Regel werden.
- Die Steuerverwaltung soll fair, effizient und offen im Umgang mit Unternehmen sein. In diesem Kontext soll ein „Code de bonne conduite“ ausgearbeitet werden.
- Die CSV wird weitere Steuererleichterungen für Risikokapital befürworten. Dies soll die Schaffung von Start-ups fördern.

2) WIR SETZEN KONSEQUENT AUF „CIRCULAR ECONOMY“

Luxemburg soll zu einem Vorreiter im Bereich der so genannten „Circular Economy“ werden. Die Kreislaufwirtschaft muss konsequent gefördert und Forschung und Produktion auf diesem Gebiet intelligent zusammengeführt werden. Wiltz soll auch weiterhin eine Pionierrolle als „Hotspot“ für Kreislaufwirtschaft spielen. Die Nordstad könnte für diese neue zukunftssträchtige Sparte ein Magnet im Norden des Landes und für die ganze Großregion werden. Alle städtischen Zentren im Landesnorden sollen von dieser neuen Dynamik profitieren.

Der Wandel von der reinen Entsorgungslogik hin zu einer kreislauforientierten Nutzung der Materialien und Ressourcen („Circular Economy“), gekoppelt mit der Bevölkerungszunahme bzw. der positiven ökonomischen Entwicklung, stellt die Grundlage neuer oder wachsender Wirtschaftszweige dar.

Den verschiedenen Nährstoffkreisläufen schenken wir hohe Aufmerksamkeit.

- Im Sinne der Kreislaufwirtschaft werden wir die Rückgewinnung von Nährstoffen aus dem Abwasser und die Zurückführung in die Landwirtschaft fördern.
- Bei Bauvorhaben soll auch ein Wiederverbrauch- und Entsorgungskonzept für die gebrauchten Materialien vorliegen.
- Die CSV will innovative Unternehmen und Initiativen konkret unterstützen und so deren Eigendynamik fördern. Dies gilt in erster Linie für neue Akteure (Secondhand-Laden, Repair-Cafés, Verkauf ohne überflüssige Verpackung usw.), als auch für die „klassische“ Abfallverwertung. Die von der EU-Kommission initiierte „European Strategy for Plastics in a Circular Economy“ sowie das EU-Paket zur Kreislaufwirtschaft soll dabei als Orientierung dienen und dessen Umsetzung soll vorangetrieben werden. Kunststoffverpackungen sollen kontinuierlich reduziert werden.
- Initiativen wie die bekannten CUP-Systeme, um Einwegbecher zu ersetzen sowie neuere Initiativen wie die ECO-BOX, um auch Einwegteller und -schalen zu ersetzen, wollen wir unterstützen und ausbauen, um das Müllaufkommen bis 2025 unter 100 kg pro Jahr pro Einwohner zu senken. Die Produktion und der Konsum von „single-use plastics“ sollen strengstens reguliert und hoch besteuert werden, um den Verbrauch dieser synthetischen Stoffe und ihre negative Konsequenzen auf Natur und Umwelt zu minimieren. Internationale Partnerschaften sowie EU-Initiativen in diesem Bereich sollten ebenfalls unterstützt werden.
- Die Wertstoffsammlungen sollen auf zusätzliche Fraktionen/Gattungen ausgebaut werden. Das Gesetz vom 28. März 2012 zur Abfallwirtschaft und dem nationalen Abfallwirtschafts- und Ressourcenplan (PNGDR) stellt den Rahmen dar, um die seit Jahrzehnten erfolgreiche Abfallpolitik in Luxemburg weiter zu führen. Den Gemeinden und Syndikaten fällt hier eine besondere Verantwortung zu. Das Verursacherprinzip und die bestehenden nationalen und EU-Gesetzgebungen müssen in allen Kommunen des Landes konsequent umgesetzt werden.
- In Hinblick auf einen harmonisierten Dienst an den Haushalten und Betrieben im ganzen Land sollen flächendeckend die gleichen abfallwirtschaftlichen Grundleistungen angeboten werden (u.a. Holzsammlungen für Wertstoffe wie Papier, Glas, Verpackungen, Zugang zu Recyclingparks). Besonderes Augenmerk verdient dabei die Einführung der Biomüll-Sammlung („braune Tonne“ für Küchenabfälle).
- Dort, wo sie bereits eingeführt ist soll eine „Biomüllinitiative“ zur Mengenmehrung durchgeführt werden. Weiterhin sollen bei der Neugestaltung der Raumplanung Bauschuttdeponien in einen nationalen Plan mit eingebunden werden.
- Außerdem werden wir die Wiederverwendung von Bauschutt im Sinne der Kreislaufwirtschaft fördern.
- Wir wollen einen nationalen Plan für Bauschuttdeponien.
- Das allgemeine Verbrennungsverbot für Grünschnitt sollte auf Grund der Erfahrungen seit seiner Einführung in Zusammenarbeit mit den Bauern und Winzern punktuell überarbeitet werden.

Bei entsprechender Nutzung aller Vermeidungs- und Recyclingmöglichkeiten werden die effektiven Entsorgungskosten für Restmüll sinken und eine gestaffelte und motivierende Taxenstruktur der Kommunen kann dies vorteilhaft an die Bürger weiterreichen; hier gelten je nach Situation die Erweiterung des Behälterangebotes und/oder ein verursachergerechtes Erfassungs- und Verrechnungssystem (Idnet-System mit Verwiegung für Mülltonnen mit Chip) als Lösung.

3) FAMILIENPOLITIK: DIE FREIE WAHL RESPEKTIEREN UND UNTERSTÜTZEN

Die demographische Entwicklung und der Wandel der Lebensformen haben in den letzten Jahrzehnten eine Pluralisierung von Familienformen und Familienentwicklungsverläufen hervorgebracht. Die Familie ist heute bunter und variantenreicher geworden.

- Es ist die Aufgabe der Politik, auf die unterschiedlichen Lebensvorstellungen und Familienplanungen einzugehen und diese zu unterstützen.
- Für die CSV steht das Wohl der Familien und der Kinder im Mittelpunkt. Die Sicherstellung dieses Ziels setzt die Wahlfreiheit der Lebensführung und der Familiengestaltung voraus.
- Für die CSV soll die Politik Familien fördern und nicht ein bestimmtes Familienmodell. Eltern sollen selbst entscheiden, wie sie leben und wie sie ihre Kinder erziehen bzw. betreuen möchten. Sie sind in erster Linie für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder verantwortlich.

Die Aufgabe der Politik besteht darin, die Eltern in ihrer Wahl zu unterstützen und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wahlfreiheit der Eltern und das Wohl des Kindes zu garantieren.

Die Politik der aktuellen Regierung hat durch die gleichzeitige Abschaffung der Erziehungszulage, der Mutterschaftszulage, durch das abgeänderte Modell des Elternurlaubes und die teilweise Gratis-Kinderbetreuung für Kinder von eins bis vier Jahren, ein Familienmodell klar bevorzugt.

Die CSV will die Wahlfreiheit wieder garantieren. Wir werden:

- den Gesetzestext über den Elternurlaub überarbeiten. Wir wollen den Elternurlaub weiter flexibilisieren. Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, auch acht Monate lang den Vollzeit-Elternurlaub in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus soll es für Eltern möglich sein, mit Zustimmung ihres Arbeitgebers, innerhalb eines Modelles die Dauer des Elternurlaubs aufzuteilen.
- Mütter, die ein Anrecht auf das Einkommen zugunsten der sozialen Inklusion („Revenu d'inclusion sociale“ – REVIS) haben, sollen während zwölf Monaten ab der Geburt ihres Kindes keine Arbeitsstelle annehmen müssen.

Die CSV will die Bestimmungen der Babyjahre überarbeiten. Für Elternteile, die ihre berufliche Laufbahn unterbrechen, um sich ihren Kindern zu widmen, soll die Zahl der Baby-Jahre (Beitragsjahre) von zwei auf drei Jahre pro Kind erhöht werden. Die vier Jahre für das 3. Kind oder im Krankheitsfall eines Kindes, sollen auf fünf Jahre erhöht werden.

Die CSV hatte sich gegen die Abschaffung der Erziehungszulage ausgesprochen, weil diese Maßnahme den Eltern ihre Gestaltungsfreiheit nimmt, aber vor allem weil sozialschwache, besonders kinderreiche Familien, die schon durch die Vereinheitlichung des Kindergeldes finanziell stark getroffen wurden, durch die Abschaffung der Erziehungszulage noch ein zweites Mal bestraft wurden. Die Erziehungszulage hatte eine soziale Komponente und wurde auch berufstätigen Eltern ausbezahlt, die nicht über ein gewisses Einkommen verfügten. Wir wollen daher ein Alternativmodell zur abgeschafften Erziehungszulage für sozial-schwache Familien einführen.

- Die CSV will auch die bestehenden Wiedereingliederungsmaßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüfen und gegebenenfalls verbessern oder anpassen.
- Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen, die sich um die berufliche Wiedereingliederung der Frauen kümmern, und dem Arbeitsamt sollen intensiviert werden.

- Die Arbeitszeit sowie die Arbeitsorganisation sollen besser mit dem Rhythmus der Familien und den Bedürfnissen der Kinder harmonieren. Wir brauchen eine familiengerechte und familienfreundliche Arbeitswelt, die den berufstätigen Eltern Zeit und Freiraum lässt, die sie brauchen, um sich ihrer Familie zu widmen.

Die CSV will die Teilzeitarbeit fördern. Teilzeitarbeit muss neu konzipiert und attraktiver gestaltet werden.

Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung

Familien brauchen Zeit und innovative Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

- Die CSV will konsequent und flächendeckend das Angebot der Kinderbetreuung weiter ausbauen. Die Betreuung muss nach den unterschiedlichen Ansprüchen der Familien und der Kinder konzipiert werden.
- Die CSV unterstützt innovative Betreuungsmodelle wie etwa die „Crèches parentales“, bei denen Eltern direkt eingebunden werden.
- Die CSV unterstützt Kinderbetreuungsstrukturen mit spezifischen pädagogischen Konzepten und Familienbegleitung. Spezifische Leistungen sollen honoriert werden. Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen in diesem Sinne anpassen.
- Wir werden Betreuungsstrukturen als gemeinschaftliches Projekt von Unternehmen fördern. Als Anerkennung wird ein Label „familienfreundliches Unternehmen“ vergeben, welches als Kriterium bei öffentlichen Ausschreibungen zum Tragen kommen kann.
- Wir werden die Bestimmungen der kostenlosen multilingualen Kinderbetreuung sowie die Nutzung des „Chèque-service accueil“ (CSA) evaluieren und gegebenenfalls anpassen.
- Die Qualität der Kinderbetreuung ist von zentraler Bedeutung. Die Qualitätskriterien müssen stetig den Ansprüchen einer hochwertigen Betreuung angepasst werden. Die Vor-Ort-Kontrollen werden effizienter gestaltet.

Wir wollen die Familien stärken und die Verantwortung der Eltern wieder in den Vordergrund rücken.

- Die Elternschule soll weiter gefördert werden.
- Der Staat wird Kurse für werdende bzw. junge Eltern anbieten, um sie in ihrer Elternrolle zu stärken.
- Kinderkrippen und „Maison relais“ sollen sich mittel- bis langfristig zu Familienzentren entwickeln können, wo Eltern die Möglichkeit haben, sich mit Fachleuten auszutauschen. Es gilt, den Austausch und das Informationsangebot in den Betreuungsstrukturen auszubauen.
- Zur Unterstützung der Elternschaft werden wir kostenlose regelmäßige Elternbriefe einführen. Es handelt sich dabei um dem jeweiligen Alter des Kindes angepasste Informationen und Ratschläge über Fragen der Gesundheit, Entwicklung und zu den sozialen Kompetenzen der Kinder sowie Informationen zu allen beratenden Dienststellen, gesetzlichen, schulischen und außerschulischen Begegnungen.

Effizientere Betreuung der Kinder ab der Grundschule

Bis zum Kindesalter von drei Jahren soll der Staat die Wahlfreiheit der Eltern garantieren. Ab drei Jahren ist es Aufgabe des Staates, eine optimale Früherziehung der Kinder zu gewährleisten.

- Die CSV will schrittweise eine kostenlose Kinderbetreuung in der Grundschule einführen.
- Für die CSV soll vorrangig jedes Kind, in enger Zusammenarbeit von Schule und Betreuungsstrukturen, Anrecht auf eine Hausaufgaben- und Lernhilfe haben.

- Der „Plan d'encadrement périscolaire“ – PEP, der seit dem Schuljahr 2013-2014 von den Schulen und den Verantwortlichen der non-formalen Bildungseinrichtungen erstellt wird, wurde geschaffen, um die Zusammenarbeit beider Akteure zu fördern, Initiativen zu entwickeln sowie die Qualität der pädagogischen Angebote fördern und strukturieren zu helfen. Der „PEP“ ist und bleibt für die CSV wegweisend. Dieser Plan soll evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Kinderreiche Familien finanziell unterstützen

Sozialleistungen verringern das Armutsrisiko. Sie sind und bleiben unerlässlich. Die Einführung des „Montant unique“ beim Kindergeld hat besonders kinderreiche Familien schlechter gestellt.

Deshalb will die CSV eine „Allocation complémentaire pour familles nombreuses“ für Familien ab drei Kindern einführen. Dieser zusätzliche Betrag soll sozial gestaffelt sein.

Koordinierte Unterstützung für Kinder in Schwierigkeiten

Die Früherkennung von Kindern und Eltern in Schwierigkeiten und das Netz früher Hilfen werden optimiert. Die ambulante erzieherische Hilfestellung in der Familie soll begünstigt und qualitativ verbessert werden.

Die CSV will eine Bestandsaufnahme der bestehenden Dienststellen tätigen, um die Hilfsangebote besser untereinander zu vernetzen und zu koordinieren.

Das Nationale Kinderbüro („Office national de l'enfance“ - ONE) soll reformiert werden. Es braucht u.a. die nötigen Mittel, um ab der Erstbetreuung eine regelmäßige und koordinierte individuelle Fallbetreuung zu gewährleisten.

4) EINE STARKE STIMME FÜR DIE JUGEND

Jugendliche sind nicht nur junge Erwachsene. Jugendliche haben ihr eigenes Leben, ihre eigene Gefühlswelt, ihre eigenen Sorgen und ihre eigenen Anliegen.

Die CSV fordert eine eigenständige Jugendpolitik, welche passende Angebote für die jeweilige Lebenssituation der Jugendlichen macht. Wir wollen den nötigen Rahmen schaffen, damit die Eigeninitiative des Jugendlichen sich entfalten kann.

Die CSV will den Jugendlichen ein Sprachorgan zusichern, mit dem sie auf nationaler Ebene gehört werden.

- In diesem Sinn soll die Rolle von Jugendverbänden wie zum Beispiel die Jugendkonferenz (CGJL) als Organisations- und Lobbyverband der Jugendorganisationen gestärkt und gefördert werden.
- Das nationale Jugendparlament soll in seiner pädagogischen Rolle weiter ausgebaut und in seiner politischen Rolle unterstützt werden.
- Die CSV strebt einen gesetzlichen Rahmen für eine nationale Studentenvertretung an, wie es sie bereits für die nationale Schülervertretung (CNEL) gibt.
- Den nationalen Jugendverbänden und -vertretungen sollen genügend finanzielle und personelle Mittel zu Verfügung gestellt werden, um ein effektives und legitimes Sprachrohr für die Luxemburger Jugend zu sein.

- Für die CSV ist die Förderung und die Beteiligung der Jugend am Gesellschaftsleben eine wichtige Grundvoraussetzung für die Bildung von mündigen, verantwortungsbewussten und selbstständigen Bürgern.
- Auch die Freiwilligenarbeit soll bei Jugendlichen gezielt unterstützt werden und eine größere formale Anerkennung bekommen, unter anderem auch in der Schule.
- Das Einführen eines Solidaritätspraktikums an den Schulen soll die Solidarität der Jugendlichen stärken und ihnen neue Lebenswelten aufzeigen.
- Wir werden die Jugendorganisationen bei der Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder mit einer Behinderung unterstützen.
- Wir werden gezielt die Sport- und Kulturangebote für Jugendliche weiter ausbauen.
- Jugendorganisationen und Jugendhäuser werden bei ihren Freizeitaktivitäten und Angeboten weiterhin unterstützt.
- Wir werden politische Bildung an den Schulen flächendeckend fördern. Auch die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen soll in den Schulen intensiver gefördert werden. Medienerziehung und „Safe Internet“ werden ausgebaut.
- Die CSV setzt sich weiterhin für eine koordinierte und gezielte Unterstützung für junge Menschen in Schwierigkeiten ein. Wir wollen ein gesundes nicht-diskriminierendes Umfeld für Jugendliche fördern, das auf Prävention und Aufklärung setzt.
- Interventionsprogramme gegen Gewalt, (Cyber)Mobbing, psychische Erkrankungen und Suchtprobleme sollen ausgebaut werden. Universelle Werte (Respekt, Solidarität, Hilfsbereitschaft usw.) sollen gefördert werden.
- Das Gesetz zur Schulmedizin wird bilanziert und dort nachgebessert, wo es nötig ist. Die CSV will die zahlreichen inner- und außerschulischen Beratungs- und Hilfsangebote für Jugendliche mit spezifischen Gesundheitsbedürfnissen besser untereinander vernetzen und koordinieren. Früherkennung muss verstärkt ganzheitlich ausgerichtet sein und ebenfalls psychischen Problemen Rechnung tragen.
- Die CSV will die Anzahl von offenen Einrichtungen und Therapieplätzen für jugendliche Alkohol- und Drogensüchtige sowie für suizidgefährdete Kinder und Jugendliche ausbauen.
- Im Kader der angestrebten ONE-Reform soll gerade auch den Problemsituationen von jugendlichen Erwachsenen Rechnung getragen werden und das Angebot an Hilfsstrukturen ausgebaut werden.
- Langzeitnachbetreuung für psychisch kranke Jugendliche, betreutes autonomes Wohnen, therapeutische Werkstätten und verstärkte Eingliederung auf dem Ersten Arbeitsmarkt sind erforderlich.
- Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit spezifischen Bedürfnissen werden gefördert. Kinder und Jugendliche aus sozio-ökonomisch schwachen Familien haben nachweislich schlechtere Chancen auf schulischen Erfolg. Die CSV setzt sich für eine Ursachenanalyse ein und wird Maßnahmen gegen diese Chancenungerechtigkeit ergreifen.

5) SENIORENPOLITIK BRAUCHT HÖHEREN STELLENWERT

Im Bereich der Seniorenpolitik ist es wichtig, dass die Politik den sich rasch wandelnden Ansprüchen und Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung trägt. Der Alterungsprozess verlängert sich und die Menschen bleiben länger physisch, mental, psychisch und sozial fit.

Die CSV will sowohl gesundheitlich fitten wie auch pflegebedürftigen Senioren die Unterstützung zukommen lassen, die sie benötigen. Ältere Menschen haben viel für unser Land geleistet. Dafür verdienen sie eine Alterspolitik, die ihre Lebensleistung anerkennt und ihnen die benötigten Hilfestellungen gewährleistet.

Die Reform der Pflegeversicherung vom 1. Januar 2018 sorgte für Verärgerung bei Einrichtungen wie Betroffenen. Zu Recht, denn den älteren Menschen wurden spezifische Aktivitäten zur Erhaltung und Unterstützung der Unabhängigkeit gekürzt und Betreuungsstunden für Einkäufe und in Tagesstrukturen gestrichen. Diese Reform ging vor allem auf Kosten von Menschen mit einer Behinderung und dementen Menschen. Dies war für die CSV inakzeptabel. Der zuständige Minister hat nach langem Hin und Her und unter anderem auf Druck der CSV Nachbesserungen eingeleitet. Wir werden sicherstellen, dass alle nötigen und sinnvollen Leistungen wieder eingeführt und gesetzlich abgesichert werden.

- Die CSV wird der Seniorenpolitik wieder einen höheren Stellenwert zuweisen. Wir werden die Politik im Interesse älterer Menschen in einen umfassenden nationalen Aktionsplan für Senioren einbetten, der Prävention und aktives Altern fördert, mit besonderem Akzent auf Demenz, Handicap und Pflege- und Altersstrukturen.

Wir wollen in diesem Sinne:

- dass auch bei wachsender Bevölkerung genügend Plätze in Strukturen (Langzeit- ebenso wie Urlaubsbetten) für ältere Menschen zur Verfügung stehen;
- dass die ambulante Alten- und Krankenpflege (Brückenpflege) weiterhin ausgebaut wird, insbesondere, um lange Krankenhausaufenthalte für ältere Menschen zu vermeiden;
- dass Telemedizin sowie Nachtbetreuung in der ambulanten Altenpflege verstärkt ausgebaut werden;
- dass neben gezielten Weiterbildungen für das ambulante Pflegepersonal auch die Alters- und Pflegeheime gezielter auf den Umgang mit demenzkranken sowie sucht- und psychisch pflegebedürftigen Senioren vorbereitet werden.

Durch Informations- und Sensibilisierungskampagnen sollen ältere Generationen frühzeitig mit dem Thema „Wohnen und Leben im Alter“ sensibilisiert werden.

- Wir wollen das Angebot von alternativen Wohnformen für ältere Menschen ausbauen (Hausgemeinschaften, betreutes Wohnen, Quartierskonzepte, Eingliederwohnungen usw.).
- Wir werden die mögliche Einführung eines „Congé social“ für die Unterstützung bedürftiger älterer Personen prüfen und das Konzept von kommunalen Seniorenbeiräten fördern und unterstützen, um auch älteren Menschen eine starke Stimme in unserer Gesellschaft zu geben.
- Die CSV ist für die Bildung einer Seniorenvertretung auf nationaler Ebene.
- Älteren Mitmenschen, die nicht oder nicht mehr mit der fortschreitenden Digitalisierung der Dienstleistungen, insbesondere im finanziellen Bereich, Schritt halten können, soll ein ausreichendes Grundangebot zur Verfügung stehen.
- Jede Gemeinde soll ein „Registre communal de la population âgée“ erstellen, um ältere Menschen (insbesondere alleinlebende Senioren) gezielter und leichter erreichen zu können.
- Intergenerationelle Aktivitäten und Generationenprojekte in den Gemeinden müssen gefördert werden, um die aktive gesellschaftliche Beteiligung älterer Menschen sicherzustellen.
- Wir werden auch die ASFT-Gesetzgebung überprüfen sowie die Zweckmäßigkeit eines strukturierten Dialogs mit den hier tätigen Dienstleistern. Auch können neue Formen des betreuten und telematisch unterstützten Wohnens bestimmt werden.
- Mobilität ist auch für Senioren ein wichtiges Thema. Wer im Alter aus gesundheitlichen Gründen keinen Führerschein mehr erhält, wird stark in der eigenen Mobilität eingeschränkt. Deshalb schlagen wir vor, Senioren, denen der Führerschein nicht mehr anerkannt wird, ein Gratisabonnement für den öffentlichen Transport anzuerkennen.

6) MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: FÜR INKLUSION UND BARRIEREFREIHEIT

Die CSV setzt sich weiterhin für eine ganzheitliche Familienpolitik ein. Diese beinhaltet ebenfalls Menschen mit besonderen Bedürfnissen. In der Behindertenpolitik bleibt unser Hauptanliegen, den Menschen zu einem möglichst autonomen Leben zu verhelfen. Daher werden wir den neuen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten umsetzen.

- Wir werden den „Ombudsmann“ in seiner Rolle als Behindertenbeauftragten stärken.
- Der Zugang zum öffentlichen Raum, zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zu den spezifischen Transportdiensten für Personen mit einer dauerhaften Behinderung wird weiter angepasst und verbessert. Auch die Gemeinden sind hier gefordert.
- Wir werden Regel- und Förderschulen enger zusammenführen. Die Inklusion muss die Regel werden, Sonderschulen die Ausnahme. Die Ausbildung des Personals wird dementsprechend angepasst. Sind zielgleiche Bildungspläne nicht möglich, müssen sie durch individuelle zieldifferente Bildungspläne ersetzt werden, damit am Schulabschluss eine Kompetenzbescheinigung den Erfolg nachweist.
- Wir werden flexible Voraussetzungen und Hilfestellungen schaffen, damit Arbeitgeber behinderte Arbeitnehmer so weit wie möglich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt berücksichtigen. Dazu gehört ebenfalls eine Zertifizierung der erworbenen Kenntnisse, die die Qualitäten und Kompetenzen des Betroffenen in den Vordergrund stellen.
- Differenzierte Behindertenwerkstätten („Ateliers protégés“) werden weiterhin benötigt, angeboten und ausgebaut werden.
- Wir werden barrierefreie Wohnungen im öffentlich-geförderten Wohnungsbau weiter unterstützen.

7) GEMEINDEN IM DIENST DES BÜRGERERS

- Parallel zu der Stärkung des Gemeindefektors durch die Territorialreform werden wir die Gemeindefaufsicht („Tutelle administrative“) im Sinne einer Reduzierung der zustimmungspflichtigen Gemeindebeschlüsse („Actes soumis à approbation“) reformieren.
- Wir werden das Gesetz über die kommunale Flächennutzung überarbeiten, das Verfahren zur Erstellung von allgemeinen Bebauungsplänen (PAG) und die Prozeduren für Bauvorhaben vereinfachen und beschleunigen.
- Die CSV wird die Zeichnungsbefugnis („Délégation de signature“) einführen. Diese Maßnahme wird mehr Flexibilität innerhalb einer klar strukturierten Gemeindefarbeit ermöglichen.
- Wir werden die Einstellungskriterien für Gemeindefsekretäre und -einnehmer („Receveur“) überarbeiten.
- Die Sozialämter sollen in Gemeinden ab 6.500 Einwohnern bestehen bleiben und ausgebaut werden. In den Entscheidungsorganen müssen Schöffenratsmitglieder die Möglichkeit haben, vertreten zu sein.

Reform der Rettungsdienste wird evaluiert

Die CSV begrüßt prinzipiell die Reform der Rettungsdienste und hat die Einführung des CGDIS mitgetragen. Was die Finanzierungsfrage angeht, so hatte die CSV eine andere Regelung vorgeschlagen. Wir werden eine Zwischenbilanz der Reform durchführen und dabei auch die finanziellen Aspekte durchleuchten.

8) SICHERHEIT IST EIN BÜRGERRECHT UND TEIL DER LEBENSQUALITÄT

Bürgernähe und Prävention sind und bleiben fundamentale Aufgaben unserer Polizei. Dazu gehören sichtbare Präsenz vor Ort und direkter Kontakt sowie Austausch mit den Bürgern. Für die CSV zieht sich die Proximität wie ein roter Faden durch die Polizeiarbeit und stellt eine Wahrung der bürgerlichen Freiheiten dar. In Anbetracht der täglichen Anforderungen werden wir die Aufgaben, Mittel sowie die Ausbildung wesentlich nachbessern und definieren.

- Die CSV fordert die Präsenz der Polizei auch insbesondere im ländlichen Raum: Ausbau statt Abbau, lautet unser Motto.
- Der Platzverweis soll nicht nur der Polizei die nötigen gesetzlichen Mittel zum präventiven Handeln geben, sondern auch dem Bürger ein wahres Sicherheitsgefühl vermitteln. Der Platzverweis erlaubt es der Polizei einzuschreiten, ohne dass zuerst eine Straftat begangen werden muss.
- Die CSV wird die Rechts- und Personalmittel der Kriminalpolizei genauer analysieren und gegebenenfalls den Text über die Polizeiorganisation nachbessern.
- Wir müssen punktuell den Zugang der Sicherheitsbehörden zu vorhandenen Datenbanken erleichtern, wenn es um die Verhinderung oder Aufklärung schwerer Straftaten geht.

Auch bleibt die CSV der Meinung, dass im Sinne der Proximität die Region Luxemburg eine lokale Antenne behalten soll. Des Weiteren unterstützt die CSV eine direkte Rekrutierungsmöglichkeit bei der Kriminalpolizei durch attraktivere Arbeitsbedingungen und verbesserte Karriereöglichkeiten.

Die CSV wird den gesamten Rekrutierungsprozess bei der Polizei weiterführen und neue Wege gehen. Insbesondere wird die CSV verstärkt administrative Kräfte einstellen, damit die Polizeibeamten ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen können. Auch werden wir auf zivile kompetente Fachleute zurückgreifen, um es der Polizei zu erlauben, sich steigenden Qualitätsanforderungen zu stellen.

Um die Sicherheit in Zügen, Bussen und auf Bahnhöfen wirksam zu gewährleisten, befürworten wir in Anlehnung an die bestehende „Police de la route“ die Schaffung einer Polizeieinheit für den öffentlichen Transport.